

Verfassungsschutz: AfD klagt gegen Regelabfrage

POTSDAM. Die AfD-Landtagsfraktion in Brandenburg hat vor dem Landesverfassungsgericht eine Beschwerde gegen die Pläne der Landesregierung eingelegt, Beamte künftig vom Verfassungsschutz überprüfen zu lassen. Ein entsprechendes 140seitiges Schriftstück wurde vergangene Woche eingereicht. Ab dem 1. September sollen in Brandenburg künftige Staatsbedienstete mit einer Regelabfrage beim Inlandsgeheimdienst des Landes überprüft werden. Bei hinreichendem Verdacht auf eine verletzte Verfassungstreuepflicht könnte dies allerdings auch für bereits im Dienst befindliche Beamte gelten. Der Landtag hatte das Gesetz im April mit Stimmen der Regierungsparteien SPD, CDU, Grüne sowie der oppositionellen BVB/ Freien Wähler beschlossen. „Es ist eine Rückkehr zur DDR 2.0“, beklagte damals die AfD-Abgeordnete Marianne Spring-Räumschüssel. Ihre Fraktion sowie die Linkspartei stimmen gegen das Gesetz. Innenminister Michael Stübgen (CDU) verteidigte das Gesetz. „In Zukunft wird es Verfassungsfeinden wesentlich schwerer fallen, unsere Kinder als Lehrerin oder Lehrer zu unterrichten, als Polizist zu arbeiten oder als RichterIn oder Staatsanwalt über Schuld und Unschuld zu entscheiden.“ Er betonte, daß Brandenburg damit als erstes Bundesland diesen Weg gehe, „ohne Orientierung auf bestimmte Funktionen“. Dabei nannte er auch den Fall der Berliner Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten Birgit Malsack-Winkemann. Die ehemalige Richterin steht wegen des Vorwurfs der Beteiligung an mutmaßlichen Putschplänen einer Gruppierung sogenannter „Reichsbürger“ vor Gericht. (kuk)

Berlin räumt gestiegene Bürokratiekosten ein

BERLIN. Die Bürokratiekosten für Unternehmen in Deutschland sind im laufenden Jahr auf 67 Milliarden Euro gestiegen, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht. 2023 betragen die Kosten für bürokratische Vorgänge noch 66 Milliarden Euro, 2022 waren es 65 Milliarden. Dabei sind in der aktuellen Berechnung bereits beschlossene, jedoch noch nicht in Kraft getretene Maßnahmen nicht enthalten, wie die Ampel in ihrer Antwort einräumt. Dennoch gab sich die Regierung zufrieden. Seit der aktuellen Amtszeit seien – „betrachtet man ausschließlich die durch bundesrechtliche Änderungen verursachte Entwicklung der Bürokratiekosten“ – die Ausgaben unterm Strich um etwa 2,4 Milliarden Euro gesunken. Zudem fragte die AfD die Ampel nach der Wahrung der 2015 – damals noch von der Großen Koalition eingeführten – „One in, one out“-Regel. Diese besagt, daß jedes Mal, wenn einem Unternehmen durch ein neues Gesetz Mehrkosten entstehen, an anderer Stelle eine Vorgabe mit demselben finanziellen Aufwand verschwinden muß. Die Bundesregierung räumte ein, daß diese Regel bei einigen Vorhaben wie etwa der Digitalisierung der Verwaltung nicht zur Anwendung komme. Sie begründete das mit der Wichtigkeit des Projekts; es handle sich dabei um „eine Daueraufgabe“. Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm, sagte dazu, die Bürokratiekosten seien „neben der Steuerbelastung und hohen Energiekosten eines der Hauptprobleme von Unternehmen“. Statt, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, die Wirtschaft zu entlasten, vergrößere die Ampel „den bürokratischen Wust“. Das sei „Eti-kettenschwindel“. (st)

Das rote Syndikat am Schwarzwald

Antifa-Area: Im Südwesten scheint sich der harte Kern der linksextremen Szene verlagert zu haben

HINRICH ROHBOHM, FREIBURG/BREISGAU UND HEIDELBERG

Lange Zeit galt es als zentraler Treffpunkt der Linksextremen: das sogenannte Kulturzentrum KTS in Freiburg im Breisgau. Wie die meisten von der Antifa dominierten Zentren ist auch die KTS Mitte der neunziger Jahre aus der Hausbesetzer-Szene heraus entstanden. Damals hatte man die ehemalige Vauban-Kaserne im Freiburger Stadtteil Wiehre für sich in Beschlag genommen. KTS ist die Abkürzung für „Kulturtreff in Selbstverwaltung“.

Zwar ist schon auf den ersten Blick klar, daß es sich bei dem graffitibeschrifteten Bau um eine Immobilie der linksradikalen Szene handelt. Doch seine Besucher wirken weitaus weniger konspirativ, weniger abweisend. „Gerade erst hatten wir wieder eine Soli-Party“, erzählt einer der Besucher, als sich die JUNGE FREIHEIT inkognito vor Ort umhört. Der junge Mann um die Zwanzig mit Lockenkopf und leichtem Stoppelbart wirkt auf den ersten Blick nicht wie jemand, der mit der gewaltbereiten Antifa sympathisieren würde. Erst als er weiterredet, wird seine politische Gesinnung deutlicher. „Wir haben da Spenden für die Palästinenser gesammelt, es ist wichtig, daß sich jetzt alle mit den Opfern des faschistischen Aggressors solidarisieren.“ Mit dem Aggressor meint er Israel.

Den Hamas-Überfall vom 7. Oktober vorigen Jahres läßt er als Argument für den israelischen Angriff nicht gelten. „Wenn man sich ansieht, in welchem Elend Israel die Menschen in Gaza hält, dann waren die Taten der Hamas zwar schlimm, aber lediglich die Folge davon“, argumentiert der KTS-Besucher. Die KTS selbst sieht er als „natürlich links, aber absolut friedfertig“, an.

Wer länger dasteht, macht sich verdächtig

2017 hatte die Polizei noch Schlagstöcke, Butterfly-Messer, Zwilling und Elektroschocker im Rahmen einer Durchsuchung in dem Gebäude sichergestellt. Dem Verfassungsschutz Baden-Württembergs zufolge galt die KTS seinerzeit als zentrale Anlaufstelle der Autonomen Antifa, die die Behörde als gewaltbereite linksextremistische Gruppierung einstufte und sie auch in Verbindung mit der inzwischen verbotenen Internetplattform „Indymedia Linksunten“ gebracht hatte. Auf der Plattform war es seinerzeit mehrfach zum Aufruf zu Straftaten gekommen. Auch Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails wurden dort veröffentlicht. Gleichzeitig förderte die Universitätsstadt, in der die Grünen die größte Fraktion im Stadtrat stellen, den Treffpunkt mit einer Summe von mehr als 280.000 Euro pro Jahr. Und auch für das Jahr 2024 sind Haushaltsmittel in Höhe von 216.000 Euro für die KTS eingeplant.

„Damals war das noch ein anderer Treff. Aber jetzt sind hier andere Leute“, meint der Besucher. Die sogenannte Autonome Antifa gebe es hier inzwischen nicht mehr. „Der harte Kern von denen arbeitet mit der Antifaschistischen Initiative in Heidelberg zusammen.“ Einige sollen ihr Quartier jetzt in der nordbadischen Universitätsstadt am Neckar aufgeschlagen haben. „Ein paar von denen sind da jetzt im OBG“, verrät der Mann. Die JF folgt der Fahrt. Hinter



JF-Serie (7)



Polizisten durchsuchen 2017 nach dem Verbot einer linksextremistischen Internetplattform die KTS: „Jetzt sind hier andere Leute“

dem OBG verbirgt sich ein sogenanntes Solidarisches Kollektiv in der Oberbadgasse 6, mitten in der Altstadt von Heidelberg. Massen von Touristen strömen hier über den Heidelberger Marktplatz, von dem unscheinbar die Oberbadgasse abzweigt. Nur wenige Meter trennen den Trubel und die Postkartenidylle von einem mit Graffiti beschrifteten Haus. Der Eingangsbereich: wenig einladend. Holzbretter versperren ein Tor zum Innenhof. Mülltonnen stehen davor. Und ein altes Sofa mit kleinem Plastikhocker daneben. Ein Plakat von Akut, einem Ableger der Interventionistischen Linken (IL), hängt an den Holzlaten. Ebenfalls prangt dort ein schwarzer Aufkleber, auf dem eine in einer Hängematte liegende schlafende Gestalt und darüber eine lächelnde Sonne abgebildet ist. „Arbeit? Nein Danke!“ steht darauf geschrieben.

Das scheint sich auch ein junger Mann mit längerem schwarzen Haar zu denken, der aus dem Gebäude kommt und sich Zigarette rauchend auf das Sofa wirft. Wer länger vor dem Haus stehenbleibt, wird von ihm mißtrauisch beäugt. Ansprechen läßt er sich nicht, auf Fragen schweigt er, zuckt mit den Schultern, grinst. Keine Antwort darauf, wer hier wohnt, noch darauf, wem das Haus gehört. Auch nicht auf die Frage, warum Holzbretter das Tor zum Innenhof versperren. Eine Reaktion, die schon mehr nach autonomer Antifa aussieht als die des deutlich redseligeren KTS-Besuchers von Freiburg.

Ein rechteckiges Loch im Beton dient dem Haus als Briefkasten. Versehen mit zwei Namensschildern: Kollektivhaus Oberbadgasse e.V. und OBG GmbH. Unter dem Briefkasten: ein mit Schrauben befestigtes metallenes Schild mit der Aufschrift „Antifa-Area“. Handelt es sich hierbei tatsächlich um einen neuen Unterschlupf für die Autonome Antifa?

Zumindest führen Spuren von hier aus zurück in die südbadische Stadt am Schwarzwald. Denn das Domizil des Solidarischen Kollektivs Oberbadgasse 6 ist Teil der Mietshäuser Syndikat GmbH mit Sitz in der Adlerstraße 12 in Freiburg. Dort, auf dem Grethergelände, in einem Komplex mit hundert Bewohnern, befindet sich die Syndikat-Zentrale. Bundesweit unterstützt die Organisation



Plakat und Aufkleber am Heidelberger Kollektivhaus Oberbadgasse: Neuer Unterschlupf

Wohnprojekte aus der Hausbesetzer-Szene, aus der das Mietshäuser-Syndikat selbst hervorgegangen ist. Ihr Ziel: die Entprivatisierung von Wohnraum.

Deutschlandweit unterhält das Syndikat knapp 200 solcher Wohnprojekte, die zumeist auch Linksradi-kalen aus der Antifa-Szene als Unterschlupf und Rückzugsort dienen. Das Prinzip dabei ist stets gleich: Die jeweiligen Wohnprojekte werden Eigentum einer aus der Szene heraus gegründeten GmbH, in der ein entsprechender Hausverein sowie das Mietshäuser Syndikat Gesellschafter werden. Über den Verein verwalten die Mieter die jeweilige Immobilie selbstständig. Eine Stimmensparität innerhalb der GmbH sorgt dafür, daß ein eventueller Verkauf der Immobilie nur einvernehmlich möglich ist. Die Mietshäuser Syndikat GmbH wiederum ist Besitzer sämtlicher der 200 Wohnprojekte. Ebenfalls auf dem Grethergelände befindet sich der von der Stadt bezuschusste linksradikale Sender Radio Dreyeck-



land, ein in den siebziger Jahren aufgebauter ehemaliger Piratensender, für den einst auch der heutige Moderator des ARD-Politmagazins „Moniro“, Georg Restle arbeitete. Im Januar vergangenen Jahres hatte die Polizei auch Räumlichkeiten von Radio Dreyeckland im Visier, durchsuchte die Büros des Senders sowie Privatwohnungen. Der Grund: Der Sender hatte in einem seiner Artikel das Archiv von „Indymedia Linksunten“ verlinkt.

Im Juni dieses Jahres hat das Karlsruher Landgericht einen der Redakteure freigesprochen. Die Richter sahen darin keine Unterstützung einer verbotenen Vereinigung. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das Urteil Revision ein.

In der kommenden Ausgabe lesen Sie in Teil 8 dieser Reportage über die Vorgänge in den Antifa-Areas von Bremen.



JF Edition

Für eine neue Nation Nachdenken über Deutschland

Die 6. Neuauflage von Dieter Steins Erfolgsbuch »Für eine neue Nation« ist jetzt auf dem Markt. Deutsche Identität, die Last der Vergangenheit, die Bedeutung der Geschichtspolitik – das sind die großen Themen dieses Klassikers, der um Steins beste neue Texte erweitert wurde.

aktuelle
Neuauflage
19,90 Euro



► jf-buchdienst.de

DIETER STEIN

Für eine neue Nation
Nachdenken über
Deutschland

aktualisierte und
erweiterte Neuauflage
400 Seiten, gebunden
Best.-Nr. 96430